

# Einfalt statt Vielfalt

Wie die Lesben- und Schwulenverbände in linksidentitäres Fahrwasser gerieten.

Von Alexander Zinn

I am what I am, and what I am needs no excuses.“ Gloria Gaynors Adaption aus dem Musical „Ein Käfig voller Narren“ wurde 1984 zu einem Welterfolg – und zur internationalen Hymne der Schwulenbewegung. Die Botschaft war gerade in ihrer Schlichtheit überzeugend: jeder nach seiner Façon, keiner soll sich entschuldigen für sein „So-Sein“, niemand soll mit den Wölfen heulen müssen. Vierzig Jahre später propagieren Lesben- und Schwulenverbände das Gegenteil: Entschuldigen sollen sich nun allerdings die „Anderen“, diejenigen, die man eher abschätzig als „cis-gender“ oder „heteronormativ“ bezeichnet. Jedenfalls dann, wenn sie nicht jede Verbandsforderung willfährig unterstützen, wenn sie Kritik üben, aus der Reihe tanzen, einen eigenen Kopf beweisen. Die Reihe derjenigen, die sich dieses „Vergehens“ schuldig gemacht haben, wird immer länger. Zu ihnen gehören Birgit Kelle, Joanne K. Rowling und Jan Feddersen, neuerdings auch Gesine Schwan, Wolfgang Thierse und Feuilleton-Chefin Sandra Kegel. Organisationen, die Vielfalt predigen, produzieren nur noch Einfalt. Statt den Diskurs zu suchen, auf Kritik mit Argumenten zu antworten, besteht man auf Unterwerfungsgesten. Wer sich nicht beugt, muss mit Ausladung, Ausgrenzung und öffentlicher Denunziation als homo- oder transphob, AfD-nah rechnen.

Dass man damit weder die Bevölkerung für sich gewinnt noch das vielfältige Spektrum von Lesben, Schwulen und Transgendern repräsentiert, hat die jüngste dieser Hexenjagden deutlich gezeigt. Doch es wäre zu einfach, die Sache als Verirrung einiger Fanatiker abzutun. Dass nicht nur LGBTI-Organisationen und -medien, sondern auch der SPD-Vorstand den Anklägern beisprangen, zeigt vielmehr, wie salonfähig die Cancel-Politik inzwischen ist. Wolfgang Thierse hat zu Recht darauf hingewiesen, wie gefährlich diese Entwicklung ist (F.A.Z. vom 22. Februar). Die Verweigerung der rationalen Auseinandersetzung, der Rückzug in eine emotional grundierte Opferkultur und die Diskreditierung jeder Kritik als „verletzend“ und deswegen homophob, frauenfeindlich, rassistisch oder rechtsextrem, ist im Kern demokratiefeindlich. Wie konnte es dazu kommen, dass die Lesben- und Schwulenverbände in solches Fahrwasser gerieten?

Betrachtet man die schwul-lesbische Gleichstellungspolitik der vergangenen dreißig Jahre, erscheinen die jüngsten Entwicklungen überraschend. Mit der Gründung des Schwulenverbandes (SVD) 1990 schlug man einen pragmatischen, bürgerrechtlich orientierten Kurs ein, der große Erfolge zeitigte. Erfolge, die vor allem darauf zurückzuführen waren, dass man, mit den Worten Thierses, „das Eigene in Bezug auf das Gemeinsame“ dachte. So etwa mit der „Aktion Standesamt“: Schwule und lesbische Paare liebten einander ebenso wie heterosexuelle, weshalb ihnen die Ehe nicht verboten werden dürfe, lautete die simple Botschaft. Eine Botschaft, mit der der SVD die Herzen vieler Menschen erobert und damit erst die „Eingetragene Lebenspartnerschaft“, später dann die Öffnung der Ehe durchsetzen konnte.

Werden die Verbände nun Opfer ihres eigenen Erfolgs? Dafür spricht einiges. Der britische Journalist Douglas Murray führt die neue Radikalität der Gay-, Black- und Women-Rights-Bewegungen darauf zurück, dass die rechtliche Gleichstellung in den westlichen Demokratien weitgehend erreicht sei. Wie der „heilige Georg im Ruhestand“ suchten Interessenverbände nun verzweifelt nach neuen Aufgabenfeldern, und man sehe sie immer häufiger mit ihrem „Schwert in der Luft herumfuchtelnd und unsichtbare Drachen herausfordern“.

Tatsächlich suchen sich Organisationen wie der um lesbische Frauen zum LSVD erweiterte Schwulenverband in den letzten Jahren immer neue Aufgabengebiete. Mit großem Engagement kämpft man nun zum Beispiel für Trans- und Intersexuelle. Freilich verschärft man damit auch die inneren Konflikte. Schon Schwule und Lesben waren nur schwer vor einen Karren zu spannen. Die Forderung nach Auflösung der binären Geschlechterordnung wird insbesondere von Feministinnen kritisiert, die nicht akzeptieren wollen, dass heterosexuelle Männer künftig durch bloßes Vorsprechen beim Standesamt (ohne operative Geschlechtsumwandlung) zu lesbischen Frauen werden sollen.

Die seit einigen Jahren zu beobachtende Orientierungslosigkeit der Interessenverbände hat sie zu einem leichten Opfer radikaler Ideologen werden lassen. Pragmatische Politikansätze wurden zurückgedrängt, stattdessen übernahmen Akteure das Ruder, die in den akademischen Blasen der Universitäten in Fragen von Queer-Theory, Postkolonialismus und intersektionaler Diskriminierung geschult worden sind. Mangels anderer Berufsaussichten drängen sie bevorzugt in Nichtregierungsorganisationen und Medien, wo sie in den letzten Jahren an vielen Stellen tonangebend wurden. Im „ideologischen“ Gepäck haben sie all jene Vorstellungen,

die viele wie Caroline Fourest in ihrem Buch „Generation Beleidigt“ als linksidentitär bezeichnen: Die Reduzierung der komplexen modernen Gesellschaften auf ein tribalistisches Konzept identitär bestimmter Gruppen, die für sich eine „angemessene“ Repräsentanz fordern, was letztlich nur in einer neuen Form des Ständestaates enden kann.

Wie regressiv die linksidentitären Konzepte sind und wie wenig sie noch mit der Vision einer Gesellschaft freier Individuen zu tun haben, in der jeder nach seiner Façon glücklich werden kann, haben in der LGBTI-Bewegung bislang nur die wenigsten verstanden. Dabei lässt sich kaum übersehen, dass mit der neuen „Identitätspolitik“ hoher Konformitätsdruck einhergeht. Wer nicht mit den Wölfen heult, wird zum Paria. Mit der Losung „I am what I am“ hat das nichts mehr zu tun. Stattdessen werden Individuen auf ihre identitären Eigenschaften reduziert, aus denen sich ihr Platz in einer Welt ergeben soll, die aufgeteilt ist in Schwarz und Weiß, Freund und Feind. Wie in archaischen Stammesgesellschaften wird die eigene Gruppe vor „schädlichen Einflüssen“ und „Ehrverletzungen“ geschützt. Doch die „Safe Spaces“, die man nun allenthalben fordert, sind geistige Gefängnisse, an deren Toren Diskurswächter die neuen Benimmeregeln kontrollieren. Worin sich all das von den miefigen fünfziger Jahren unterscheidet, aus denen man einst zur sexuellen Revolution aufbrach, ist kaum auszumachen.

Befremdlich ist das Selbstbild, das damit einhergeht. Wer sich nur als potentielles Diskriminierungsopfer wahrnehmen kann, ist kaum in der Lage, anderen auf Augenhöhe zu begegnen. Im Gegenüber sieht man dann nur noch einen Aggressor, dem man selbst Fragen nach Herkunft oder Lebensumständen als Affront auslegt. Natürlich kann die Konfrontation mit Vorurteilen belastend sein. Doch Vorurteile basieren oft auf Erfahrungswerten, und ohne sie könnte kein Mensch leben. Manchmal handelt es sich um dümmliche Pauschalierungen, aber nur selten entspringen sie böser Absicht. Die Kunst besteht darin, „mit Vorurteilen zu leben“, wie der jüdische und schwule Soziologe Alphons Silbermann betonte. Eine Kunst, die vor allem Gelassenheit und Humor erfordert.

Als wenig praxistauglich erweisen sich auch einige der Theorien, die aus der akademischen Welt in die LGBTI-Politik importiert werden. Judith Butlers These, nicht nur das soziale, sondern auch das biologische Geschlecht sei konstruiert, hat die sozialwissenschaftliche Forschung gerade wegen ihrer Radikalität vielfach befruchtet. Doch solche Theorien werden unter Forschern kontrovers diskutiert und lassen sich nicht einfach als wissenschaftliche oder gar alltagstaugliche Wahrheiten verkaufen. Die größte Gefahr der linksidentitären Ideologie ist, dass sie die Werte der Aufklärung, insbesondere die universelle Gültigkeit der Menschen- und Bürgerrechte, in Frage stellt. Stattdessen frönt man einem exzessiven Kulturrelativismus. Einige Akteure rechtfertigen sogar die Genitalverstümmelung von Frauen – und konsequent zu Ende gedacht, müsste man dann auch rechtfertigen, dass die Terroristen des Islamischen Staates Homosexuelle von Hochhausdächern warfen. Das kulturrelativistische und „intersektionale“ Antidiskriminierungsbündnis führt dazu, dass solche Widersprüche aus falscher Rücksichtnahme auf vermeintliche Bündnispartner unter den Teppich gekehrt werden. So etwa vom LSVD-Bundesverband, der nicht müde wird, die Homophobie der katholischen Kirche anzuprangern, von dem aber wochenlang nichts zu hören war, als ein islamistischer Attentäter in Dresden ein schwules Paar angriff und einen der Männer ermordete.

Die harschen Reaktionen auf die Brandmarkung von Kegel, Schwan und Thierse haben die LGBTI-Bewegung kalt erwischt. Dass man es mit dem linksidentitären Opferkult übertreiben könnte, damit haben wohl nur die wenigsten Verbandsfunktionäre gerechnet. Nun ist der Katzenjammer groß. Noch übt man sich in den klassischen Abwehrmechanismen und denunziert Kritiker als homophob und rechts. Wer von „Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“ spreche, so etwa die Online-Plattform queer.de, nutze „Kampfbegriffe, die sich gegen den Einsatz für Minderheiten richten“. Dass die Welt nicht nur aus Freund und Feind besteht und es auch wohlwollende Kritik aus der Mitte der Gesellschaft geben könnte, scheint für einige Akteure unvorstellbar zu sein. Wenn sie gesellschaftlich und auch innerhalb der äußerst diversen LGBTI-Welt tragfähig bleiben wollen, werden sie ihren Horizont erweitern müssen.

Das Geheimnis des Erfolgs von „I am what I am“ lag in der Übertragbarkeit der Erfahrung des „Anders-Seins“ als Schwuler ins Allgemeine. Jeder konnte sich in dem Song wiedererkennen, denn jeder macht in seinem Leben derartige Erfahrungen: wegen individueller Eigenschaften geringgeschätzt und ausgegrenzt zu werden. Kurz: Erfolg haben immer die politischen Konzepte, die Brücken bauen, welche die Mehrheit berühren und mitnehmen.

**Alexander Zinn** forscht am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung der TU Dresden. Von 1996 bis 2010 war er Vorstand, Pressesprecher und Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbands. 2018 veröffentlichte er „Aus dem Volkskörper entfernt? Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus“ bei Campus.